

jetzt hat ihr der Versuch, aus einer Partei vielfarbiger und vielschichtiger Interessenvertretung eine stärker an den unmittelbaren Staatsaufgaben orientierte Volkspartei zu bilden, beträchtlich viele Wähler gekostet. Eine Chance dürfte die DC dennoch am ehesten bekommen, wenn sie den unter De Mita entwickelten Kurs konsequent fortsetzt hin zu einer modernen, gemäßigt konservativen Volkspartei wirtschaftlicher Vernunft. Eine gewisse Ermutigung für die DC, die allerdings nicht überschätzt werden sollte, ist die Tatsache, daß, vergleicht man das Ergebnis der Kammerwahlen (32,9) mit dem für den Senat (30,8), die unter 25jährigen (für den Senat darf erst ab 25 gewählt werden) etwas weniger zahlreich abspenstig geworden sind als die übrige Wählerschaft.

#### Ausgewählte Ergebnisse aus Großstädten

	Mailand	Turin	Florenz	Rom	Neapel	Palermo
DC	22,5	19,6	24,7	28,3	21,8	36,0
PCI	27,0	34,3	40,0	29,9	31,5	18,7
PSI	11,0	9,2	10,2	8,6	8,9	9,8
MSI	7,7	6,7	5,1	10,4	20,0	12,1
PRI	12,3	10,2	7,6	5,3	3,6	5,7
PSDI	3,7	3,5	2,2	4,0	4,8	5,3
PLI	6,2	6,8	2,6	3,5	2,9	3,6
DP <sup>1</sup>	3,4	2,1	1,9	1,5	1,3	1,7
PNP <sup>2</sup>	2,1	2,7	2,5	2,0	1,8	2,2
PR <sup>3</sup>	4,1	4,6	3,1	4,6	2,9	2,9

<sup>1</sup> Democrazia Proletaria, <sup>2</sup> Partito Nazionale Pensionati (Pensionistenpartei), <sup>3</sup> Partito Radicale

Zwei Tendenzen bzw. Gefahren stehen dagegen, daß sie diese Chance nutzen kann. Die erste: Der De Mita im Prinzip unterstützende katholische „Sabato“ (2.7. 83) meinte, Wirtschaftspartei und Partei der Katholiken, das gehe nicht zusammen und: „als Pragmatiker stirbt man.“ Daran ist richtig, daß die DC sowohl personell wie programmatisch mehr Profil braucht und daß dieses Profil nicht das Ergebnis einer Addierung ökonomischer und ideeller Sichtweisen oder Interessen sein kann. Aber nichts wäre falscher als das Schlagwort „Wieder bei den Katholiken ansetzen“. Der italienische Katholizismus ist gerade dort, wo er geistig lebendig ist, politisch längst plural. Es ist gerade das Verhängnis der DC, daß sie es nicht verstand, auf den zunehmenden Bedeutungsverlust des ka-

tholischen Elements als politische Zielgruppe und auf dessen Pluralisierung mit einer neuen Formulierung ihrer Ziele und Strategien zu reagieren. Mit den 32,9 Prozent bei den Wahlen vom 26./27. Juni erreichte sie ungefähr das Ergebnis der Gesetzesgegner beim Referendum über das Abtreibungsgesetz von 1981 (32,1) (vgl. HK, Juli 1981, 369). Das sagt alles. Eine Chance, führende Kraft zu bleiben bzw. es wieder zu werden, hat die DC nur als konfessionell ungebundene Volkspartei, die christlich-soziale, populistisch-konservative und liberal-bürgerliche Strömungen zu praktischer Politik bündelt.

Die zweite Gefahr: daß die DC auch das bereits neu gewonnene Profil im Handeln und Verhandeln mit den anderen Parteien, vor allem mit den Sozialisten schon wieder verliert, bevor es an ihr sichtbar geworden ist, da die Sozialisten mit traditioneller Verteilungspolitik Italien aus der Krise führen möchten. Hier wiederholt sich, was der DC immer schon geschadet hat, ohne daß es von all ihren Flügeln als Schaden ausreichend erkannt wurde: Der Zwang zum Kompromiß zwischen vor allem wirtschaftspolitisch gegensätzlichen programmatischen Ansatzpunkten und die Notwendigkeit, den Kompromiß als *Regierungswirklichkeit* vertreten zu müssen, verhindert immer wieder eine Schärfung des Profils gerade der Partei der relativen Mehrheit. Der Stellvertreter De Mitas, *Mazzotta*, traf sicher den Nagel auf den Kopf, als er feststellte (La Repubblica, 29.7. 83), aus den Urnen sei ein Wahlergebnis herausgekommen, das im Gegensatz steht zu den Erfordernissen der wirtschaftlichen Situation. Wenn die jetzt unentbehrliche Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu einer Vereinheitlichung regionaler Regierungen nach nationalem Muster, also zur Auflösung zahlreicher von Sozialisten und Kommunisten gemeinsam gebildeten Stadt-, Provinz- und Regionalregierungen führen würde, so wäre das wenigstens insofern ein Gewinn als die *innenpolitischen* Fronten dadurch klarer werden. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialisten des bestehenden Manövrierraums zwischen Kommunisten und Christdemokraten sich selbst begeben werden, ist gering. Größer ist die Gefahr, daß die DC für die Zusammenarbeit mit den Sozialisten einen zu hohen Preis durch Abstriche an der eigenen Substanz entrichten muß, der sie früher oder später zur Selbstaufgabe zwingt.

Andrea Dallago

## „Weder Angreifer noch Opfer sein“

### Zum Phänomen der Gewalt in Lateinamerika

Das Phänomen der Gewalt existiert weltweit und in vielfältigen Erscheinungsformen. Die hohe Anzahl und die große Häufigkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen in den Ländern Lateinamerikas veranlassen Beobachter gelegentlich, aus der Sicht des alten Europa nach völkerpsychologischen Ursachen dieser „Neigung“ zu gewaltsamen Lösungen von Konflikten zu suchen. So sei die Mischung

aus dem präkolumbianischen Herrschaftsverständnis der alten indianischen Hochkulturen und iberischem Macht- und Eroberungsstreben, verstärkt durch einen mit weltlichen Mitteln betriebenen Messianismus besonders explosiv. Der später aufkommende Nationalismus und eine schwach entwickelte politische Kultur auf der Basis oligarchischer Strukturen (vor allem in Mittelamerika) hätten

ebenso für Unruhe gesorgt wie der amerikanische Imperialismus, zu dessen Spätfolgen ein bisweilen vehementer Antiamerikanismus (z. B. in Mexiko) und die Anfälligkeit für revolutionäre Ideologien und praktische Bruderhilfe aus dem Osten (Nicaragua) zählen.

### Mit Völkerpsychologie ist der Sache nicht auf den Grund zu kommen

In solchen Argumenten schwingt nicht selten der leise Grundton spätkolonialistischer europäischer Überlegenheit mit, derart, daß diese Völker kaum anders können als aufeinanderzuschlagen. Das wird angesichts der weltweiten Friedensunsicherheit nicht mehr mit goethisch-biedermeierlichem Behagen konstatiert, aber solche Interpretationen ethnischen Charakters klingen doch bedenklich nach einer nicht nur ökonomische Zustände wertenden Auslegung des Begriffs vom Nord-Süd-Gefälle, wie sie mitunter auch bei Entwicklungsexperten anzutreffen ist. Kenner Lateinamerikas etwa aus kirchlichen Kreisen argumentieren – wenn schon *völkerpsychologisch* – eher umgekehrt: angesichts der Konflikträchtigkeit der lateinamerikanischen Wirklichkeit sei die Zahl der offenen Auseinandersetzungen – noch – gering, was u. a. mit der Duldsamkeit, Apathie und stark fatalistischen Zügen im Wesen der indianischen Bevölkerung zu erklären sei.

Die auch hierzulande anzutreffende Neigung, den Ländern Lateinamerikas die Befähigung zur Errichtung und Erhaltung eines Gemeinwesens nach rechtsstaatlich-demokratischen Kriterien abzusprechen, da die Mehrzahl dieser Länder von einer Diktatur in die andere fälle, übersieht Gegenbeispiele (Chile, Uruguay, heute Venezuela, Costa Rica) und ist einem *allzu eurozentrischen Weltbild* verhaftet. Ein solches Urteil zeuge von Ungeduld gegenüber einem jungen Kontinent und von Mißachtung der eigenen Geschichte, hat der kolumbianische Schriftsteller *Gabriel García Márquez* verschiedentlich geäußert. In diesem Sinne ging García Márquez in seiner Dankadresse zur Verleihung des Nobelpreises in Stockholm kritisch auf das Lateinamerika-Bild der Europäer ein: „Es ist verständlich, daß sie uns mit demselben Maß messen wie sich selbst und nicht daran denken, daß das Leben nicht allen die gleichen Wunden zufügt, daß die Suche nach der eigenen Identität für uns so mühsam und blutig ist, wie sie es (für Europa) war. Die Interpretation unserer Wirklichkeit mit Hilfe fremder Schablonen macht uns noch unbekannter, noch unfreier, noch einsamer. Vielleicht wäre das ehrwürdige Europa verständnisvoller, wenn es uns im Spiegel seiner eigenen Geschichte betrachtete“ (zit. nach „ap“ 8. 12. 1982).

Weder die Suche nach historischen Parallelen noch vergleichende völkerpsychologische Studien – so aufschlußreich und zutreffend sie in Ansätzen sein mögen – kommen jedoch der konfliktreichen und gewalttätigen Wirklichkeit Lateinamerikas auf den Grund. In Lateinamerika selbst hat man in den sechziger Jahren begonnen, die *politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Ur-*

*sachen* zu erkennen und zu analysieren. Dazu hat die katholische Kirche einen wichtigen Beitrag geleistet. Ihre Priester, Bischöfe und Ordensleute – zunächst wenige – begannen mit der „*concientización*“, der Bewußtmachung des Volkes, auf der Basis einiger weniger grundlegender Erkenntnisse:

- Die große Mehrheit der lateinamerikanischen Völker lebt in Armut, unterdrückt, d. h. ohne bürgerliche Freiheiten und politische Rechte, während eine kleine Oberschicht alle Macht besitzt und auf Kosten der Armen in Reichtum lebt.
- Diese Situation ist nicht gottgewollt; sie stellt eine „soziale Sünde“ dar und wird von den Inhabern der politischen und wirtschaftlichen Macht gewaltsam aufrecht erhalten.
- Das bedeutet, daß sich Lateinamerika „in vielen Gebieten in einer Situation der Ungerechtigkeit befindet, die man ‚institutionalisierte Gewalt‘ nennen kann“ (Dokument über den Frieden der Konferenz von Medellín 1968).

### Gandhi findet Eingang in Lateinamerika

Die Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Puebla (1979) griff diese Formulierung auf: „Die Gewalt entsteht und wird gefördert durch die Ungerechtigkeit, die in verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systemen als institutionalisiert bezeichnet werden kann ...“ In diesem Kontext verurteilt das Dokument von Puebla jedoch ausdrücklich auch die Gewalt der „Terroristen und Guerrilleros“ (Dokument von Puebla, 509, 532).

In den zehn Jahren zwischen den Bischofsversammlungen von *Medellín* und *Puebla* erfolgte in der katholischen Kirche Lateinamerikas der „Aufbruch von Medellín“, der von politischen Entwicklungen beeinflusst wurde, aber auch aus der Kirche heraus in das soziale und politische Umfeld hineinwirkte. Für das Leben der lateinamerikanischen Kirche waren diese Jahre ein verheißungsvoller *Neubeginn*, wenn auch mit unvermeidlichen Orientierungsschwierigkeiten. Die Theologie der Befreiung nahm Konturen an bzw. entwickelte verschiedene Zweige (über deren Orthodoxie vor allem europäische Theologen jahrelang stritten). In der pastoralen Praxis entstand der revolutionäre Priester, der die Guerrilla unterstützte und sogar am bewaffneten Kampf teilnahm. Der kolumbianische Priester *Camilo Torres* verlor dabei sein Leben.

Die Befürworter gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderung in der Kirche beriefen sich auf die Textstelle in „*Populorum progressio*“ (Nr. 31), wonach der revolutionäre Aufstand gerechtfertigt sein kann im Falle der „eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes schwer schadet“. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nahm das direkte revolutionäre und politische Engagement im lateinamerikanischen Klerus ab, die Parteinahme für die Guerrillabewegungen löste eine der Masse des Volkes geltende Sozialpastoral ab

im Sinne der „vorrangigen Entscheidung für die Armen“, wie sie in Puebla definiert wurde. Papst *Johannes Paul II.* hat bei seinen drei Lateinamerika-Reisen wie auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten keinen Zweifel daran gelassen, daß er gewaltsame Lösungen politischer Konflikte grundsätzlich ablehnt. Er predigt den lateinamerikanischen Katholiken mit der gleichen Eindringlichkeit wie seinen polnischen Landsleuten die Gewaltlosigkeit als einzigen für Christen gangbaren Weg.

Heute deutet manches daraufhin, daß der von *Mahatma Gandhi* geprägte und gelebte gewaltlose Widerstand zunehmend Eingang in die Pastoral lateinamerikanischer Bischöfe findet. Die brasilianischen Bischöfe erwähnen in einem Basistext zur diesjährigen 20. „Kampagne der Brüderlichkeit“, die Grunderfahrung der Gewaltlosigkeit habe ihr Vorbild in Indien zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes. Dieses *Dokument der Brasilianischen Bischofskonferenz* ist der ausführlichste bischöfliche Text zum Thema Gewalt in Lateinamerika. Das umfangreiche Papier zeichnet sich durch zweierlei aus: es bietet inhaltlich eine umfassende, gründliche Darstellung der Thematik und ist – da für die Arbeit in den Gemeinden verfaßt – in einer verständlichen, eindringlichen Sprache und ohne den Anspruch stilistischer Brillanz und theologischer Systematik geschrieben.

### Gewalt als Verletzung von Körper, Geist und Leben

„Mit Bestürzung und Schrecken erlebt die brasilianische Gesellschaft ein Phänomen, das es bisher in der Geschichte noch nicht gegeben hat: die Eskalation der Gewalt“ beginnt das 25 Seiten umfassende Dokument (Dokumentation 19, Institut für Brasilienkunde, Mettingen) mit dem programmatischen Titel „Brüderlichkeit ja, Gewalt nein“. Bedeutsam für den gesamten lateinamerikanischen kirchlichen Kontext sind *Ausgangspunkt und Perspektive* des Basistextes. Der *Begriff* der Gewalt wird weit über den politischen Bereich hinaus gefaßt, obwohl der Text dem Komplex soziale Ungerechtigkeit = Gewalt breiten Raum gibt. Damit wird deutlich, daß die in den Jahren nach Medellín gelegentlich einseitige Fixierung der Kirche auf soziales Engagement aufgegeben worden ist zugunsten einer „ganzheitlichen Sicht des Menschen“ – ein Begriff, der interessanterweise in Medellín mit dem Blick auf die *promotio humana*, auf soziale Entwicklung und Befreiung geprägt wurde und der sich heute nach theologischer Klärung u. a. durch die Internationale Theologenkommission („Zum Verhältnis zwischen menschlichem Wohl und christlichem Heil“ – 1977; vgl. HK, Januar 1978, 24–30) auch in päpstlichen Erklärungen findet.

Das brasilianische Dokument definiert Gewalt als „Verletzung von Körper, Geist und Leben“: „Gewalt ist im Licht des Glaubens jede Verletzung der erhabenen Würde der Kinder Gottes, und das sind alle Menschen.“ Auffallend ist die Gliederung der beschreibenden Kapitel über

die vielfältigen Formen der Gewalt nach dem Gesichtspunkt ihrer *Außenwirkung*. So ist der erste Abschnitt „Gewalt, die bekannt wird“ überschrieben. Dazu zählen die zunehmende gewöhnliche Kriminalität und ihre Bekämpfung, deren ausgiebige Darstellung in den Medien die Menschen „in Angst und Schrecken versetzt und so die Gesellschaft bei der Suche nach wirksamen Lösungen, die an die Wurzel des Übels rühren, lähmt“.

Unter „Gewalt, die verschwiegen wird“ nennen die Bischöfe als Opfer individueller und „sozialer“ Gewalt die notleidenden und verwahrlosten Kinder und Jugendlichen, die hohe Zahl von Unfallkranken, von verlassenem Körperbehinderten und schlecht versorgten geistig Behinderten, die oft von Kriminellen bewachten und gefolterten Häftlinge, die von Familie und Staat abgeschobenen Alten. Gewalt geschehe in den geheimen Abtreibungskliniken und im Arbeitsleben der Frau, „vor allem dann, wenn sie sich zur Prostitution gezwungen sieht, um zu überleben“. Auf dem Land fordere die „moderne Sklaverei“ ihre Opfer, in den Städten erlitten Millionen Menschen Gewalt, weil sie als „Opfer der Gewinnsucht des kapitalistischen Systems“ unter fürchterlichsten Bedingungen arbeiten müßten, dazu noch dem Mietwucher ausgeliefert.

„Skandalöse Gewalt“ nennt das Dokument die aufreizende und suggestive Darstellung von Gewalttätigkeit in den Medien und die hemmungslose Werbung für luxuriöse Konsumgüter, deren frustrierender Effekt die Aggressivität unter der armen Mehrheit der Bevölkerung ansteigen lasse. Die Eskalation der Gewalt müsse auch auf dem Hintergrund eines von oben diktierten Wirtschaftsmodells gewertet werden, das dem ohnehin gebeutelten Volk eine unerträgliche Sparpolitik zumute.

Als „versteckte Gewalt“ denunzieren die Bischöfe *soziale Mißstände*, „die nicht einmal zu den Menschenrechtsverletzungen gezählt werden, sondern gemeinhin für unvermeidbare Folgen historischer, sozioökonomischer und politischer Strukturen gehalten werden“: die berufliche Diskriminierung der Schwarzen und ihre generelle Einschätzung als mußmaßliche Kriminelle durch die brasilianische Polizei, die Mängel im Gesundheits- und Bildungswesen, die Arbeitslosigkeit. Wörtlich heißt es in dem Kapitel: „Die diktatorischen Regime in Lateinamerika, die sich auf die Doktrin der Nationalen Sicherheit stützen, haben in brutaler Weise Gewalt geübt – und tun es immer noch – in Form von Machtmißbrauch, Folter, Verfolgung, Korruption, Unterschlagung öffentlicher Gelder und Manipulation des Verwaltungsapparates zu ihrem eigenen Nutzen ... Die schlimmste Gewalt, die gegen das Volk geübt wird, besteht darin, daß man ihm nicht die Möglichkeit gibt, sich am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben zu beteiligen ...“

### Ein eigenständiger brasilianischer Beitrag

Das Dokument stellt die politische manipulative Deutung des Gewaltphänomens in Brasilien als *psychologisch raffinierte Verschleierung* der *eigentlichen Ursachen* dar. So pro-

pagiere das Regime die ohnehin verbreitete Meinung, das brasilianische Volk sei friedliebend, freundlich und nachgiebig. Wo immer in diesem Volk Protest laut oder gar Gewalt geübt werde, suche man nach dem „störenden“, „subversiven“ Element, dem Volksfeind. Gegen die Volksfeinde, das „Anti-Volk“, wende das System die Strategie des Vernichtungskriegs an: „Alle Verfolgung wird gerechtfertigt und beschönigend dargestellt als patriotische Tat, auch wenn sie von den verschiedenen Kommandos und Gruppierungen der Todesschwadron praktiziert wurde.“ Auch die dramatische Inszenierung gewöhnlicher Verbrechen in den Medien diene letztlich dazu, ein Klima der Angst zu schaffen, das Überwachung und Repression zu rechtfertigen scheine. Zu den eigentlichen Ursachen der eskalierenden Gewalt in Brasilien schreiben die Bischöfe: „Die Untersuchung der Formen und der sozialen Ursachen der Gewalt scheint eine Hypothese zu bestätigen, die uns alle mit Sorge erfüllt: heute kostet die Nicht-Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit den Staat Brasilien viel mehr, als ihre Beseitigung kosten würde. Im Hinblick auf die Gewalt heißt das, der menschliche und gesellschaftliche Preis, den wir für die Nicht-Beseitigung zahlen, ist unbeschreiblich hoch. Dies ist zurückzuführen auf eine Situation struktureller Ungerechtigkeit einer zutiefst asymmetrischen, ungleichen Gesellschaft, bestehend aus einer reichen, im Überfluß lebenden Minderheit und einer armen, im Elend lebenden Mehrheit. Es wird aber die Illusion geschaffen, daß die Ausrottung der Kriminalität durch eine repressive Gewalt auch bedeute, daß damit die Gewalt selbst ausgerottet wird.“

Der theologische Teil „*Gewalt aus der Sicht des Glaubens*“ legt auf verständliche Weise dar, wie alle Gewalt aus der Sünde des Einzelnen (hier verwenden die Bischöfe die lutherische Definition der Sünde als ein Verschließen des Menschen in sich selbst) und der „sozialen Sünde“ entstehe („Die soziale Sünde ist nicht nur die Summe der individuellen Sünden mit ihren ungerechten Folgen, sondern sie ist eine Form von Sünde, deren Träger und Subjekt die Gesellschaft selbst mit ihren Strukturen ist ...“) Typisch für die eingängige Sprache des Dokuments ist die Aussage, ungerechte und damit Gewalt produzierende Strukturen seien daran zu erkennen, „daß man mit ehrlicher Arbeit allein nicht mehr überleben kann oder daß man, um ehrlich zu bleiben, ein Held sein muß“.

Es fällt auf, daß auch in den Bezügen auf das Alte Testament jeder Hinweis auf die „gerechte Gewalt“ fehlt. Als „Perversion der Kultur“ werten die Bischöfe die zunehmende Geringschätzung der Menschen für die Qualität des „Seins“ zugunsten des „Habens“, was dem kulturellen Raum den „menschlichen und christlichen Sauerstoff“ nehme. Eindeutig sind die Empfehlungen der Bischöfe zu der Frage, wie sich der Christ in einer gewalttätigen Umwelt verhalten soll.

Es sei die Pflicht jedes Christen, ohne Gegengewalt den Kampf aufzunehmen, der sich durch Solidarität, Brüderlichkeit und Standhaftigkeit auszeichnen solle. Gegen revolutionäre Neigungen oder quietistische Tendenzen in der Kirche und gegen die Beschwichtigungsbüderlichkeit

der Halbherzigen richtet sich die Aufforderung an die Christen, weder Angreifer noch Opfer zu sein, sondern verantwortungsbewußt Widerstand zu leisten: „Gewalt ist kein hinzunehmendes Schicksal, sondern das Ergebnis eines ganz bestimmten historischen Prozesses. Der Weg der Gnade darf nicht übersehen oder improvisiert werden.“

Die „*prophetische Anklage*“ gegen die *Urheber der strukturellen Gewalt* in Brasilien (in der es u. a. selbstkritisch heißt, auch die Kirche müsse ihre Entscheidungsmechanismen, Worte und Taten überprüfen, um zu sehen, welche Formen von Gewalt sie vielleicht selbst praktiziere) gipfelt in der Feststellung: „Armut, Not und Elend sind nicht Ursachen der Gewalt. Die gesamte Gesellschaft wie auch die lokalen Gemeinschaften müssen nach wirksamen Mitteln suchen und Initiativen fördern, welche die Opfer dahin führen, daß sie sich selbst aus der Gewalt befreien.“

Zu den konkreten Anregungen, wie die Kirche der Gewalt begegnen könne, gehört die Aufforderung, jede Pfarrgemeinde und jede Gruppe solle die lokalen Probleme aufzeigen, den Gemeinschaftssinn stärken und die Organisation des Volkes vorantreiben. Die kirchliche Hierarchie müsse noch stärker strategisch denken und handeln und „durch die Zusammenarbeit der Diözesen lernen, materielle und menschliche Ressourcen an den Stellen bereitzuhalten, an denen die Konflikte am brennendsten sind ...“

### Denkanstöße für die anderen Ortskirchen

Mit der klaren Absage an gewaltsame soziale Veränderungen und der aus allen pastoralen Überlegungen spürbaren Nähe der Bischöfe zu ihrem Volk kann dieses Bischofspapier auch anderen Ortskirchen Denkanstoß dazu sein, wie sie den lateinamerikanischen Völkern bei der schwierigen Suche nach einem eigenständigen Weg, der sie aus Ungerechtigkeit und Gewalt herausführt, begleiten können. Dabei greift der brasilianische Text Überlegungen auf, die auch in anderen Ländern angestellt werden. In Chile fordern die Bischöfe demokratische Grundrechte und predigen die Gewaltlosigkeit. In El Salvador hofft ein ganzes Volk – zwischen die Fronten geraten – auf ein Ende der Gewalt. Der Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera y Damas*, faßt die Problematik des Bürgerkriegs in seinem Land in einen Satz: „Für uns besteht die Lösung des Problems der Gewalt in der Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit – das ist alles“ (vgl. ds. Heft S. 361 und S. 365). Wie überall in Lateinamerika steht die dem Menschen verpflichtete Kirche damit vor einer Aufgabe gigantischen Ausmaßes. Es erscheint angesichts des Ausmaßes aller Gewalt auf dem amerikanischen Subkontinent müßig und unangebracht, wenn in der europäischen Politik und Öffentlichkeit weiter darüber gestritten wird, inwieweit Armut und soziales Unrecht die alleinige Ursache gewaltsamer Auseinandersetzungen in Lateinamerika seien und ob der Ost-West-Konflikt bei der Beurteilung der Lage, etwa in Mittelamerika hinreichend berücksichtigt werde. Was in der Kirche insgesamt zunehmend geschieht, könnte im politischen und gesell-

schaftlichen Bereich Nachahmung finden: die unvoreingenommene Beachtung *lateinamerikanischer* Situationsanalysen und Lösungsversuche und selbstverständliche Bereitschaft zum Erfahrungsaustausch. Wenn schon lateinamerikanische Konfliktforschung auf europäischem

Boden getrieben werden muß, dann sollte die nicht ohne die Lateinamerikaner geschehen. Eine allmähliche (Rück-) Verlagerung auf den Ort der Handlung wäre historisch gerechtfertigt und politisch nicht ohne Chancen.

Gabriele Burchardt

## Mittelamerika vier Monate nach der Papstreise

Ein Gespräch mit Prälat Emil L. Stehle

*In der ersten Märzhälfte bereiste Johannes Paul II. Mittelamerika. Die Reise verlief nicht ohne Störungen (vgl. HK, April 1983, 148–149). Vieles an ihr blieb auch noch Wochen später umstritten. Was hat die Reise bewirkt, und wie sieht die Lage in den mittelamerikanischen Konfliktländern vier Monate später aus? Prälat Emil L. Stehle, der Geschäftsführer von Adveniat, hat den Papst auf seiner Mittelamerikareise begleitet und Ende Juni von neuem mehrere lateinamerikanische Länder besucht. Gabriele Burchardt und David Seeber sprachen mit Prälat Stehle, der inzwischen von Johannes Paul II. zum Weihbischof von Quito ernannt wurde (vgl. ds. Heft, S. 386), über seine Eindrücke.*

**HK:** Herr Prälat Stehle, die Reise Johannes Pauls II. nach Mittelamerika galt neben der zweiten Polenreise als die schwierigste und politischste Reise, die der Papst bisher unternommen hat. Sie haben den Papst nach Mittelamerika begleitet und kommen gerade von einer weiteren Reise in mehrere lateinamerikanische Länder zurück. Was hat Ihrer Meinung nach die Papstreise dort bewirkt, politisch, kirchlich oder auch in sozialer Hinsicht?

**Stehle:** Die Reise des Papstes nach Mittelamerika ist nicht nur eine der schwierigsten, sondern auch eine der wichtigsten gewesen. Sie berührt sehr verschiedene Kontexte: pastorale, politische, soziale und selbst wirtschaftliche. Soweit ich weiß, hat der Papst sehr lange überlegt, ob er die Reise antreten soll. Den Ausschlag dafür gab die Bitte der zentralamerikanischen Bischöfe, nachdem sie festgestellt hatten, daß sie in ihren eigenen örtlichen Bereichen der Lage kaum noch Herr werden konnten, wobei Herr werden nicht ein Herrschen bedeutet, sondern ein Leiten, wie es einem Bischof zusteht. Der Dissens in allen Lebensfragen des dortigen Volkes schien zu groß geworden zu sein, auch im kirchlichen Bereich.

**HK:** Es gab zum Teil scharfe Kommentare nach der Papstreise, vor allem aus Mittelamerika selbst. Und erst jüngst meinte ein recht bekannter Besucher aus dieser Region, diese Reise sei „die erste Niederlage“ des Papstes während seiner ganzen Reisetätigkeit gewesen. War die Reise letztlich ein Mißerfolg?

**Stehle:** Das sehe ich nicht so, gerade nachdem ich vier Monate danach noch einmal in denselben Ländern gewesen bin. Sicher hat es enorme Schwierigkeiten gegeben.

Ich habe deswegen eine Veröffentlichung über die Papstreise selbst mit dem Titel überschrieben „Der Papst im Feuerofen“. Angesichts der Schwierigkeiten ist es auch ganz selbstverständlich, daß die Ergebnisse der Reise unterschiedlich beurteilt werden, denn jede Berichterstattung geht zunächst einmal vom Augenscheinlichen aus ...

### „Der Papst war gewohnt, keinen Widerspruch zu finden“

**HK:** Uns interessieren nicht so sehr die Kommentare als der offene Widerspruch, auf den der Papst dort gestoßen ist ...

**Stehle:** Der Papst war von seinen sonstigen apostolischen Reisen her gewohnt, keinen Widerspruch zu finden. Da er sich in diesem Fall in einen solchen Widerspruch hineinbegeben mußte, hat er damit eine neue Furche seiner apostolischen Tätigkeit gezogen. Ich halte aber dafür, daß gerade in einem Land wie Costa Rica, wo der Papst sich am längsten aufhielt, auch am deutlichsten ein Erfolg, wie ich meine sogar ein bleibender, festzustellen ist. Dort sind gerade im geistlichen Bereich wirkliche Erneuerungsprozesse festzustellen. Sehr viele Menschen wenden sich dort neu der Kirche zu, das wurde mir von Bischöfen und Priestern des Landes übereinstimmend gesagt; besonders auch junge Leute. Weil der Papst in Costa Rica drei Tage war und auch mehrmals dorthin zurückkam, auch nach seiner Reise nach Managua, war Zeit, sich mit dem Papst und seiner Botschaft zu beschäftigen. Während die Reise in die anderen Länder sehr kurz gewesen ist, eigentlich zu kurz, um ähnliches in Bewegung zu setzen.

**HK:** Was hat die Papstreise für die Länder bedeutet, die sich in scharfen innenpolitischen Auseinandersetzungen befinden, wo, wie Sie schon andeuteten, auch kirchlich große Spannungen bestehen?

**Stehle:** Das mindeste, was man sagen kann, ist, daß Zentralamerika sich acht Tage mit dem Papst beschäftigt hat und vom Land, wo er sich gerade aufhielt, jeweils etwas übersprang auf die übrigen Länder. Das Fernsehen, die Presse, der Rundfunk haben nicht nur das Tun des Papstes in dem jeweiligen Land, sondern im ganzen lateinamerikanischen Bereich mitverfolgt und fortwährend wiedergegeben, so daß es erstmals in der neueren Zeit ein